

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • Amtsblatt der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwittau, sowie der Staats- und Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Karlstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildensels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löbnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 12.
Drohdruck: Volksfreund Erzgebirge.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Ostern und Heiligabend.
Preis: monatlich Mark 1.50 durch die Postanstalt für den Reichsgebiet, monatlich Mark 1.60, monatlich Mark 1.64.
Anzeigenpreis: in Einzelheften der Nummer 1 1/2, in den übrigen 1/2, in den übrigen 1/2, in den übrigen 1/2.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12228.

Einigen Annahmen für die am Samstag erscheinende Nummer des Sonntags 9 Uhr in den Hauptausgaben. Die Beschlüsse für die Aufnahme der Ausgaben am sonntäglichen Tage sind an den Lesern nicht zu geben, auch nicht für die Zeitungen, die durch Fernsprecher ausgeben werden. Für die Ausgabe von Sonntag und Montag sind die Abonnenten der Zeitung zu bitten, die Beschlüsse der Zeitungsgesellschaft und des Reichsgebietes zu befolgen. Die Zeitungsgesellschaft und der Reichsgebietes sind nicht verantwortlich für die Ausgabe von Sonntag und Montag.

Nr. 99.

Donnerstag, den 1. Mai 1919.

72. Jahrg.

Die amtlichen Bekannmachungen befinden sich in den Beiläfern.

Die Maifeier.

Man schreibt uns: Der 1. Mai soll nach dem Beschluß der Nationalversammlung als Nationalfeiertag gefeiert werden, nach dem Beschluß der sächsischen Landesversammlung, ebenso wie der 9. November, als Ruhetag. Er war bisher der Feiertag des internationalen „Proletariats“, was unter dem Schloßruf „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ den Tag als Protest gegen alle Nichtproletarier beging, als einen Tag des Klassenbewußtseins und Klassenkampfes. In der Nationalversammlung hat, wohl um des lieben Friedens willen, ein Teil der kaiserlichen Abgeordneten seine Stimme für die Feier des 1. Mai abgegeben, in der sächsischen Landesversammlung haben die bürgerlichen Parteien den Antrag, den 1. Mai zu feiern, abgelehnt, ohne bei ihrer Minderzahl Erfolg zu haben.

Wir haben heute keinen Grund, Feste zu feiern oder zu ruhen. Politisch und wirtschaftlich sind wir auf dem Tiefstand angelangt. Der verlorene Weltkrieg und der Gewaltskrieg, der vor der Tür steht, der offene und heimliche Bürgerkrieg, der das Volk zerfleischt, die Nahrungsmittel und die Verwilderung der Sitten, die Unsicherheit unserer nationalen und ökonomischen Zukunft gibt denen Recht, die einen neuen Feiertag und Ruhetag fest abzulehnen.

Trotzdem kann auch heute ein gemeinsamer politischer Feiertag sein. Die Internationale hat abgewiesenermaßen, trotz aller Sozialistengesetze, darüber sich die verständigen Anhänger der Sozialdemokratie nicht im Unklaren. Dem nationalen Deutschland stehen größere Aufgaben denn je bevor, ihnen sollte der 1. Mai gewidmet sein.

Der Schrei nach Frieden, Freiheit, Brot soll an diesem Tage in die Welt hinaus klingen, nach einem Frieden nicht der Gewalt, sondern der Verständigung, nach innerer Freiheit, nicht der Willkür einer Klasse, nach der Befreiung unserer Kriegsgefangenen, nach Aufhebung des größten Verbrechens der Weltgeschichte, der Blockade, nach Brot für unsere Greise, Frauen und Kinder. Auf diesem Boden müssen sich alle finden, die es ernst meinen mit dem Vaterland. Dann hat die Feier des 1. Mails auch in der heutigen Zeit einen Sinn.

Der alte Kampf der Internationale: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit soll daneben weiter schallen, doch in nationalem Sinne, im Sinne der Befreiung aller Volksgenossen, die das Schwere der Vergangenheit gemeinsam getragen haben und die Lasten der Gegenwart und Zukunft gemeinsam auf ihre Schultern nehmen wollen. Ein einzig Volk von Brüdern wollen und müssen wir sein, ungetrennt durch Klassenhass und Parteihader. Die guten Elemente des Bürgertums bilden den Arbeitern die Hand zur Verständigung und Befreiung. Gehe Gott, daß der künstlich geschaffte Haß verschwindet und das ganze deutsche Volk in nicht allzu ferne Zukunft am 1. Mai aus vollem Herzen singen kann:

Wie bist du doch so schön,
o du weite, weite Welt.

Noske gegen den Terror.

Reichswehrminister Noske hat anlässlich seiner Anwesenheit in Danzig eine sehr scharfe Rede gegen die Unruhen der Unabhängigen und Sozialisten gehalten. Nach der „D. Allg. Ztg.“ sagte Noske u. a.:

Ich kann unseren Parteigenossen nicht dringend genug ans Herz legen, allen Oppositionen und Widerständen gegenüber unter allen Umständen stark zu sein, was sie für richtig halten. Eine Anzahl meiner Parteigenossen haben mit einem gewissen Unbehagen meiner Äußerungen zugehört, aber wie konnten nicht anders handeln. Ich bin der Überzeugung, daß mein Bericht das Richtige gewesen ist. Wir dürfen uns nicht auf der Höhe herumtänzen lassen. Wir wollen unsere demokratischen Grundzüge nicht verleugnen, wir haben stets gesagt, daß die Mehrheit des Volk es entscheidet. Wenn die Spaltung nicht gekommen wäre, hätten wir die Mehrheit des Volkes. Das Verlangen einer Minderheit die Geschicke des Landes zu übernehmen, müssen wir ablehnen.

Vor allem dürfen wir nicht latenten zusehen, wenn eine noch geringere Minderheit als die Unabhängigen, die weit links von den Unabhängigen steht, uns den Schödel einschlagen will. Wir müssen notgedrungen eine Sicherung schaffen, daß sie nicht an unsere Schödel heranrücken. Ich bin meinem Grundglauben stets treu geblieben: Wenn es sich darum handelt, daß auf einem Boden gepflanzt werden soll, so sehe ich nicht ein, daß das gerade mein Vorteil sein soll, sondern lasse mich von den anderen dazu aus. Das allein ist die Taktik, mit der man als vernünftiger Mensch vorwärts kommen kann. Wir sind die Stunden nicht leicht geworden, in denen ich mich entscheiden mußte, Standrecht und andere Dinge zu verhängen. Ich habe mir meine Tätigkeit anders gedacht, als in den Straßen gegen die eigenen Volksgenossen Waffengewalt und Mörkertum auszuüben zu lassen. Unsere Parteigenossen müssen den Mut haben, in den Verleihen dem Treiben einer Minderheit entgegen zu treten. Was ist das für ein Zustand, daß in einer ganzen Reihe von Verleihen meine Parteigenossen die Mehrheit bilden, und daß wir es dann erleben, daß diese Massen von Arbeitern sich aus dem Verleihen herausbringen lassen zu Streiks unter der Parole: Kieber mit der Regierung! Mätereputabilität wird der Versuch gemacht, Terror auszuüben, nun gut, dann zu einem Knüttel gegriffen und sich zur Wehr gesetzt, das ist doch einladend, als wenn ich eines Tages Soldaten beschiden muß. Unsere Leute müssen nur Courage haben, dann können sie sich gegen terroristische Detereien zur Wehr setzen. Es ist politische Mätereputabilität, wenn ich aus lauter Unfähigkeit

herausgehe, weil dort eine Anzahl von Großhändlern das große Wort führen. Ich werde für meinen Teil in den Staatsbetrieben dafür Sorge tragen, daß solchen terroristischen Treibern ein Ende bereitet wird, soweit mein Arm dazu ausreicht. Das sind Dinge, die mich natürlich nicht zum Liebhaber einer Anzahl Leute machen. Ich sage mir aber immer wieder, einer muß den ganzen Dreck anstreifen, und da sich vorläufig kein anderer dazu meldet, sehe ich nicht ein, warum ich nicht den Versuch machen sollte, auszuweichen, soweit das möglich ist. Das werde ich befolgen, so lange ich auf meinen Platz stehe. Konflikte werden durchgeschritten werden, weil sie durchgeschritten werden müssen. Ich gehe nicht soweit, daß ich vor jedem Arbeiter in die Arme breche. Aus verschiedenen Verleihen, wo Terrorismus geübt worden ist, wie man sich ihn niedriger und schamloser nicht denken kann, habe ich solche Betriebsräte entfernen lassen, und der Drohung mit Streik sehe ich mit fühler Gelassenheit entgegen. Wenn ich die Staatsbetriebe sozialisieren soll, so ist es bloßer Unfuss, wenn mich diese Staatsbetriebe alle drei Tage bestreiten. Es ist heller Unverstand, in dem Staatsbetrieben bei einem Arbeitslohn von 2.40 M pro Stunde Arbeitslohn zu zahlen, wenn die Arbeiter bestreikt werden als politisches Tribunal. Voraussetzung für den Arbeitslohn ist intensive Arbeit, sonst können wir einpaarmal mit unserer ganzen Sozialisierung und sind erschlagen bei dem Versuch, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Die Staatsbetriebe zum Tummelplatz zu machen für Agitationen gegen die Regierung ist ein Unfuss, den ich mir unter keinen Umständen gefallen lassen werde. So lange ich etwas zu tun habe, räume ich damit auf. Deswegen habe ich die Spandauer Verleihen räumen lassen und werde dafür Sorge tragen, daß sie in einer Form wieder geöffnet werden, bei der natürlich die Verleihenbetriebe ihre erforderliche Produktivität finden werden. Das wird in allen übrigen Staatsbetrieben durchgesetzt. Wir wollen nicht infolge von Scheinbeschlüssen zum Teilhaben einer politischen Minderheit machen lassen.

Streik und Unruhen.

Ende des Streiks im Ruhrgebiet.
Essen, 29. April. Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet sind sämtlich mit Ausnahme von zwei Zechen, wo noch 1300 Arbeiter streiken, angefahren.

Der Streik im Ruhrgebiet hat einen Rohwertsfall von 97,5 Millionen Mark und einen Förderausfall von 4,5 Millionen Tonnen verursacht. Seit Ausbruch der Revolution sind im Ruhrgebiet bis jetzt 63 Stützpunkte gestrichelt worden.

Düsseldorf, 29. April. Durch die sächsische Kontrollkommission wurde festgestellt, daß der finanzielle Gesamtverlust der Stadt Düsseldorf durch die zweimonatige Sparaktion 12 Millionen Mark beträgt. Für mehr als 4 Millionen M. sind Belege überhaupt nicht vorhanden.

Ein deutsches Zukunftsbild.
Bonn, 29. April. Wie der Führer der Reichsregierung, organisierten Anwalter, Unterzeichner und leitende Persönlichkeiten aus Arbeiterkreisen im ganzen Ruhrgebiet eine Versammlung zur Kampfauswertung nach Südamerika, besonders nach Brasilien und Argentinien.

Generalfreik in Tena.
Tena, 29. April. In Tena ist der Generalfreik als Protest gegen die Anwesenheit der Regierungstruppen ausgedroht.

Ermordung eines Bahnhofscommandanten durch Spanier.
Katalonien, 29. April. Die Kommunisten ermordeten den Bahnhofscommandanten der Station Rabad. Die Attentäter sind unerkannt entkommen.

Gynochgericht an bolschewistischen Agitatoren.
Bei Kozimers wurde in der Nähe des Grenzfordons an zwei bolschewistischen Agitatoren, die aus dem Auslande zurückkehrten, ein Gynochgericht vollzogen. Bei dem Verleihen fand man einen angelegten Fessel, auf welchem geschrieben stand, daß man an diesen Leuten für das Ende der Unzufriedenheit unter den Arbeitern und die Aussetzung zum Aufbruch gegen das Reich Noske genommen hat.

Vorsichtmaßnahmen in Württemberg.
Stuttgart, 29. April. Das Reichsministerium fordert das erste Aufsehen der Reichswehrsicherheitskräfte des ganzen Landes auf, im Laufe des 30. April sich zur Einheilung des den Kompanien bzw. den Westbataillonen einzufinden.

Die Befestigung des Streikrechts.
„Vorwärts“ schrieb vor einiger Zeit: „Die Forderung nach Bedingungen, unter denen die Streiks verurteilt werden können, ist auch für Deutschland zu erheben. Wir leiden unter der Streiknot mehr als irgendein anderes Land. Es müssen obligatorische Schlichtungsgerichte für Arbeitsstreiks geschaffen werden, um die Streiks in Zukunft unmöglich zu machen.“ — Demgegenüber steht die amtliche Nachrichtenstelle der Gewerkschaftskommission. Sie erhebt gegen diese einseitige Forderung eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse scharfen Protest. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die deutschen Gewerkschaften über eine Befestigung des Streikrechts auch nur verhandeln, geschweige denn ihr zustimmen werden. Wenn die Regierung, als deren Spionage der „Vorwärts“ ja heute erscheint, sich wirklich mit derartigen Absichten trägt, wird sie eine geschlossene Front der Arbeiter gegen sich finden.

Die Lage in Bayern.

Näher auf München zu!
München, 29. April. Die Regierungstruppen sind am Dienstag auf der Westfront näher an München herangekommen.

Abschritt des Münchner Aktionsausschusses.
München, 29. April. Der Aktionsausschuss, der im Volksrat die Führung der Regierungsgeschäfte wahrnimmt, ist von der Regierung zurückgetreten. Dieser Schritt rückhaltlos seiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß die jetzige Regierung gefährlich sei und nur einen Zustand von Gewalttätigkeiten ausde.

Beschlezung von Rosenheim.
München, 29. April. Rosenheim, der Hauptstützpunkt der Kommunisten, wird von den Regierungstruppen beschossen. Mit dem Fall von Rosenheim ist die Umzingelung Münchens vollständig.

Kleinriegel in Gorchheim und Wilsbiburg.
München, 29. April. In Gorchheim versuchten die Spartakisten, den Transport der preussischen Truppen durch Bayern durch einen Ausbruch zu verhindern. In vergangener Nacht besetzten sie 100 Mann stark, das dortige Rathaus, wurden aber von einer 50 Mann starken Besatzung Regierungstruppen wieder vertreiben. Bei dem Gefecht, welches sich entwickelte, gab es zwölf Verwundete und drei Tote.

In Wilsbiburg kam es ebenfalls zu einem demotivierten Zusammenstoß zwischen 100 Arbeitern und Regierungstruppen. Nachdem vorgestern Arbeiter die dort befindliche geringe Anzahl der Regierungstruppen entwaffnet und überwältigt hatten, hatten sie in Wilsbiburg die Mätereputabilität ausgerufen. 60 Mann Regierungstruppen besetzten nun hinwieder Wilsbiburg, und die Stadt befindet sich nunmehr wieder in den Händen der Regierung Hoffmann.

Reichstruppen haben die bayerische Grenze überschritten.
Berlin, 29. April. Die Reichstruppen haben im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung die Grenze überschritten. Gemeinsam mit bayerischer und schwäbischer Volkswache werden die Reichstruppen des Reiches den Aufmarsch gegen München durchzuführen. Der nächste vorgesehene Stützpunkt Freising wurde von Regierungstruppen genommen.

Der Oberkommandierende gegen München.
München, 29. April. Zum Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte gegen München wird in Bayern General Oden ernannt werden, sowie die preussischen Truppen an der Front angeordnet sind. General Wochel befehligt die bayerischen Truppen.

Ein Aufruf der bayerischen Regierung.
München, 29. April. Die Regierung Hoffmann erläßt einen Aufruf an das bayerische Volk, worin der Einwohnerstand Bayerns die Ankunft der Reichshilfstruppen angelehrt wird und alle Bewohner Bayerns aufgefordert werden, Brüderlichkeit und Entgegenkommen den preussischen Truppen zu erweisen. In dieser Not, die es in diesem Aufruf, rief die Regierung die Hilfe des Reiches an. Württemberger arbeiten bereits in bündelnder Eintracht mit unseren Landvolk zusammen. Andere Reichstruppen stehen an den Grenzen Nordbayerns zur Befreiung unserer eigenen Provinzen bereit, auf unseren Ruf werden wir ihnen entgegenkommen. Die Reichstruppen werden sofort zurückgezogen, sobald sie durch unsere in der Bildung begriffenen Verbände ersetzt werden können. Grenzschutz unseres Volkes ist es, den Reichstruppen freundliche Aufnahme und jedes Entgegenkommen zu bereiten. Es gilt für uns alle den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den dem deutschen Wesen fremden russischen Bolschewismus, der, zur Herrschaft gelangt, der Totengräber unserer Kultur würde.

Rundgebungen für die Regierung Hoffmann.
München, 29. April. In 60 Gemeinden des Bezirksamts Schweinfurt wurden Protestversammlungen gegen die Wiltshilfstruppen abgehalten und von den insgesamt 15 000 versammelten Bayern dem Landtage und der rechtmäßigen Regierung Beschlüsse ausgesprochen. Ebenso haben sich die Kreisverbände gewerblicher Vereinigungen mit über 7000 Mitgliedern durch eine dem Ministerium Hoffmann übermittelte Rundgebung geschlossen hinter die rechtmäßige Regierung gestellt.

Die Friede : sverhandlungen.
Deutschland nicht im Bundeskomitee des Völkerbundes.
Paris, 29. April. Als Generalsekretär des Völkerbundes schlägt Wilson den britischen Kronrat Sir Eric Drummond vor. Im Bundeskomitee sollen außer den vier Großmächten Belgien, Griechenland, Spanien und Brasilien vertreten sein.

Volksabstimmung und Friede um jeden Preis.
Belastlich erklärt die Regierung, daß sie, falls man Deutschland einen Friedensfrieden aufzwingen wolle, sich unter gewissen Voraussetzungen an das Volk wenden wolle. Diese Stellungnahme, die den Anschein von Festigkeit erwecken will, in Wirklichkeit aber die Verwirrung zum Frieden um jeden Preis einzufließen sucht, wird in „Politik“ (Kopenhagen) vom 17. April folgendermaßen beleuchtet: „Deutschland hat juristisch und moralisch das Recht, sich an die 14 Punkte Wilsons zu halten, und es findet sich in keinem der 14 Punkte auch nur die geringste Wendung, welche etwa zugunsten einer Annexion des Saargebietes ausgesprochen werden könnte. Wird die Friedenskonferenz in dieser Frage sich zur Notwendigkeit bereit zeigen? Ist das nicht der Fall, so wird das zerrüttete Deutschland möglicherweise in einer Volksabstimmung dennoch einen solchen Frieden annehmen; denn es ist nicht denkbar, daß das verpeinigte und hungernde Volk nach einer Mätereputabilität einen Frieden verlangt. Andererseits ist es auch möglich, daß die Regierung sich weigert zu unterschreiben, und in diesem Falle wird eine ganz unberechenbare Lage geschaffen.“

Der bedeutungsvolle Donnerstag.
Genf, 29. April. Eine Lamas-Deutsche meldet, daß die Vertreter der französischen Presse für Donnerstag vormittag in das Ministerium des Auswärtigen trafen wurden, um wichtige Mitteilungen über den Frieden mit Deutschland entgegenzunehmen. Der „Temps“ schreibt: Bis Donnerstag hofft die Regierung, die Stellungnahme Frankreichs einmündig kennen gelernt zu haben, um das französische Volk über Frieden oder Verlegung der Verhandlungen aufzuklären.

Statten senkt ein.
Genf, 29. April. Dem Pariser „Sera“ zufolge beabsichtigt Orlando, dem Parlament einen Kompromissentwurf vorzulegen. Danach soll die Frowing Frowe und die dalmatinische Küste dem Völkerbunde und die lokale Verwaltung Frowe Italien unterstellt werden. Italien soll auch die Inseln erhalten, um so eine Kontrolle der Adria zu haben. Man hofft, daß dieser Vorschlag durch das Parlament Annahme findet.

Die Franzosenherrschaft im Saargebiet.
Wie mitgeteilt wird, haben in den deutschen Volkshäusern des Saargebietes die Schulten in französischer Sprache folgendes zu lernen: